Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exemp.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
jetzt
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege.
Domicilstelle für Wechsel.

Kinder-Garderoben-Magazin
von **J. Boss,** Wilsdrufferstrasse 43
empfiehlt ein reichhaltiges Lager **eleganter Garderobe** für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren. Bestellungen nach Maass werden in eigenen Ateliers prompt erledigt.

Japan-, China-Waaren und Thee.
Specialität, en gros. **R. Seelig,** Specialität, en detail.
Kaufhaus, Laden 6.
Reichhaltiges Lager und grosse Auswahl zu eleganten und praktischen Geschenken.

Nr. 100. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Neblig jedoch trocken, ziemlich kühl, später stellenweise aufklärend. **Dresden. Freitag, 9. April.**

Politisches.

Der unfreiwillige „Held" der Katastrophe im Bundesrathe soll der königl. sächsische Geheimrath Held sein. Derselbe habe, so heißt es, die vier Stimmen des Königreiches Sachsen für den preußischen Vorschlag: auch die Quittungen der Post zu besteuern, abgegeben. Das verlangte seine Dresdner Instruktion. Nun hatte er aber noch eine Instruktion aus Weimar. Er führte stellvertretungsweise die Stimme des Großherzogthums und gab, ebenfalls correct seiner Weimarischen Instruktion entsprechend, Weimars Stimme gegen den preußischen Vorschlag ab. Diese Weimarische Stimme, für Preußen abgegeben, hätte die Stimmen zum Stehen gebracht; so brachte sie aber Preußen in die Minderheit. Wenn man in der verschiedenen Stimmenabgabe einen Uebelstand finden will, den man dadurch beseitigt, daß man die Kleinstaaten nöthigt, selbst abzustimmen, so wird sich Niemand Dem widersetzen. Bisher wurde die Stellvertretung eines Staates durch den anderen fortwährend und ohne Nachtheil geübt. Preußen fand darin sogar seinen Vortheil, weil es sehr häufig für Andere die Stimmen abgeben mußte. Aber nicht die Majorisirung Preußens ist es, was hauptsächlich den Fall interessant macht, sondern der Umstand, daß im Bundesrathe die Reichsbehörden gegen einander stritten. Die Vertreter des Reichsschatz- und des inneren Amtes, die preußischen Minister Bitter und Hofmann, befürworteten, um Geld in die Kassen zu bekommen, auf's Lebhafteste den Vorschlag, auch die Postquittungen der Stempelpflicht zu unterziehen. Da traten zwei andere Reichsbeamte in den Bundesrath, Dr. Stephan und der neuernannte Geheime Oberpostrath Dr. Fischer und zerfleischten den Standpunkt ihrer Reichscollegen Hofmann und Bitter. Sie wiesen nach, daß das Reich gar nicht berechtigt sei, von Geldsendungen, die aus dem Auslande kommen, noch eine Nebenabgabe in der Form eines Stempels zu erheben. Das verbietet der Weltpostvertrag. Dieser Grund schlug durch und da die Kleinstaaten ohnehin nicht viel Lust haben, die Stempelschraube so scharf anzuziehen, war es da ein Wunder, daß sie dem fröhlichen Klange des Posthornes folgten und mit der Reichspost gegen das Reichsschatzamt und Preußen stimmten? Der Zustand freilich, daß die Reichsbehörden einander bekämpfen, eröffnet eine seltsame Perspektive. Jedenfalls wäre es dringlicher, hierin Ordnung und Einheit zu schaffen, als sich mit Plänen zu tragen, das Stimmrecht der Kleinstaaten zu beschneiden: Denn wenn man einmal es für erlaubt hält, Weimar oder Reuß seine Stimme im Bundesrathe zu nehmen, wie lange dauert es, daß man es auch für einen unnöthigen Luxus erklärt, daß Sachsen und Baiern Stimmen haben?

Das Ausland in diese verwickelten Bundesrathsabstimmungen einzuweihen, wäre ein vergebliches Unterfangen. Europa wird es nicht begreifen, daß ein Mann wie Bismarck über eine Postanweisung stolpern sollte. Ursache und Wirkung stimmen nicht zu einander. Auch der Gedanke, daß die Kanzlerkrisis nur die Wirkung haben soll, den Reichstag gefügig zu machen, die unpopuläre Quittungsstempelsteuer überhaupt zu bewilligen, ist abzuweisen. Die Kleinstaaten im Bundesrathe beeilen sich zwar Hals über Kopf ihren Schnitzer wieder gut zu machen und aus der brennend heißen Situation von unfreiwilligen Rebellen gegen den Reichskanzler in die angenehmere Lage loyaler Reichsstützen zurückzukehren. Aber, wenn sie auch die Postanweisungen mit ihrem pater peccavi gestempelt haben werden, so wird der Reichstag doch den ganzen Quittungsstempel ablehnen. Nein, alle Welt fühlt, daß das Demissionsgesuch des Fürsten Bismarck andere Ursachen hat. Was? Am 1. April Huldigungen von allen Seiten, einen Besuch des greisen Kaiser Wilhelm, Glückwunschschreiben vom Zaren und von allen russischen Großfürsten, ja sogar quod deus bene vertat! von dem Papste selbst und am 6. April Entlassung, weil Weimar, Bückeburg und Bremen im Bundesrathe geglaubt haben: Stephan verstehe die Sachen besser als seine Reichscollegen Bitter und Hofmann? Im Hintergrunde der Reichskanzlerkrisis liegen ernstere Dinge, als kleinstaatliche Radirungen an der Stempelsteuer. Die „Volks-Ztg." stellt die Alternative auf: Postanweisung oder Gortschakoff? In den Berliner Hofkreisen weht ein entschieden russischer Wind. Gortschakoff ist immer noch nicht entlassen. Die Monarchen tauschen die stärksten Freundschaftsbetheuerungen aus. Sollte etwa ....?

Der Reichstag hat also dem preußischen Kultusminister v. Puttkamer in der Orthographiefrage Recht gegeben. Sein einseitiges Vorgehen fand die Billigung der Reichstagsmehrheit. Die Konservativen stellten sich ganz auf den partikularistischen Standpunkt: man dürfe die Verfügung eines Einzelstaats nicht tadeln. Ganz schön! Nur verfahre man immer so konsequent und schone nicht blos den preußischen Minister, sondern auch die der Kleinen! Am allerwenigsten aber verdiente Puttkamer noch Lobqualm für sein verfehltes, unwissenschaftliches Vorgehen; seine gründlich verpfuschte „Rechtschreibung". Aber bei uns fragt man nicht nach den inneren Gründen, sondern ordnet die Dinge, wie sie in die Parteischablone passen. Wenn nun aber es in der Ordnung ist, daß ein Einzelstaat eine eigne Rechtschreibung einführen darf, so möge auch der sächsische Unterrichtsminister die seinige veröffentlichen. Fertig im Schubfache des Geheimraths liegt sie ja!

Blinder Eifer schadet nur, das erfahren die heißblütigen Magyaren mit ihrem Deutschenhasse soeben recht deutlich. Ihr Beschluß, das deutsche Schauspielhaus zu schließen, muß rückgängig gemacht werden, da der jetzige Direktor ein kontraktliches Recht aufs Weiterspielen hat. Ja noch mehr! Es hat sich herausgestellt, daß auf dem Pester Rathhaus die Akten, welche die stiftungsmäßige Verpflichtung der Pester Stadtkommune zur Erhaltung eines deutschen Theaters enthalten, auf räthselhafte Weise verschwunden sind. Es geht überhaupt eigenthümlich in Ungarn zu, wenn es sich darum handelt, den nicht magyarischen Nationalitäten schwere Beeinträchtigungen zuzufügen. Zu den jetzt auf die Seite gebrachten Pester Stadtakten bildet das Verbot der deutschen Sprache in der Pester Gemeindevertretung ein schmachvolles Gegenstück. Bekanntlich ist die Stadt Ofen (Buda) auf dem rechten Donauufer in einem deutschen Sprachgebiet, einer deutschen Sprachinsel gelegen, wie es mehrere in Ungarn giebt. Die meisten Einwohner in dieser ansehnlichen Stadt (100,000 Seelen) wie auch in der Umgegend sind Deutsche; in ihren Straßen, in den Wagen der Pferdebahn, unter Personen aller Stände, hört man in der Regel keine andere Sprache reden. Gegenüber in Pest wohnen auch Tausende von Deutschen, unsere Sprache erschallt auch dort oder wird verstanden, wenngleich mit größtem Eifer daran gegangen worden ist, Pest nicht blos neu, groß und schön, sondern vor allen Dingen auch durchaus magyarisch zu machen. Um dem Stefansreiche eine größere Zierde zu geben, wurden vor sieben Jahren Ofen und Pest zu einer einzigen Gemeinde unter einem Bürgermeister zusammengelegt, wobei es in der üblich gewordenen Weise herging. Als im Pester Reichsrath es sich fragte, welche Sprache in dem Pest-Ofner Gemeinderath gesprochen werden sollte, da durften die siebenbürgischen Abg. einen Antrag, es bei dem bisherigen zu belassen, überhaupt nicht verlesen; der Minister entfernte sich zitternd, die Magyaren tobten wie die Unsinnigen, bis der Präsident erklärte: es sei soeben beschlossen worden, daß in der Gemeindevertretung nur ungarisch gesprochen werden dürfe. In Wahrheit hatte die Kammer gar nicht abgestimmt. So wurde die deutsche Sprache aus dem Ofen-Pester Gemeinderathe vertrieben, so wurden die deutschen Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbeamten vertrieben, zum Schaden der Sicherheit und Pünktlichkeit des Dienstes, so will man jetzt auch das deutsche Schauspiel aus einer wesentlich deutschen Stadt vertreiben. Der Mongolenstaat Ungarn thut sich mit diesen Unterdrückungen nur selbst den größten Schaden; denn so wie uns Deutschen geht es auch den Slovaken, Serben und Rumänen. In Ungarn giebt es unter 14 Mill. Einwohnern nur 4—5 Mill. Magyaren; diese knechten die Mehrheit auf alle Weise. Es steckt darin kein Fünkchen Verstand, denn der Tag der Abrechnung kommt auch für diese mongolischen Schnurrbartwichser. Deutschland hat Ungarn von dem 200jährigen Türkenjoche befreit, zum Dank vertreiben die Magyaren deutsche Lehrer, Post- und Eisenbahnbeamte und Schauspieler. Der cynische Uebermuth dieser Ungarn wird sich zeitig genug ausgetobt haben. Die Geldmächte müßten nur wissen, wie dieses Volk Aktenstücke auf die Seite bringt, um sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, so würden sie die Schuldenwirthschaft Ungarns nicht länger unterstützen. Der Bankerott der Staatsfinanzen Ungarns ist so wie so nur eine Frage der Zeit.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 8. April. Kaiser Wilhelm beantwortete das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers mit folgender Cabinetsordre: Auf Ihr Gesuch vom 6. April erwiedere ich Ihnen, daß ich die Schwierigkeiten zwar nicht verkenne, in welche der Konflikt von Pflichten, welche Ihnen die Reichsverfassung auferlegt, Sie mit der Ihnen obliegenden Verantwortlichkeit bringen kann; daß ich mich aber dadurch nicht bewogen finde, Sie Ihres Amtes um deshalb zu entheben, weil Sie glauben, der Ihnen durch Artikel 16 und 17 der Reichsverfassung zugewiesenen Aufgabe in einem bestimmten Falle nicht entsprechen zu können. Ich muß Ihnen vielmehr überlassen, bei mir und demnächst beim Bundesrath diejenigen Anträge zu stellen, welche eine verfassungsmäßige Lösung eines derartigen Konfliktes der Pflichten herbeizuführen geeignet sind. Wilhelm.

Berlin, 8. April. (Privattelegramm.) Graf Wilhelm Bismarcks (des Abg.) Jungfernrede bezüglich des Wuchergesetzes war anfangs fließender, zuletzt sprach derselbe befangen. Als Graf Bismarck sprach, übergab Präsident Graf Arnim den Vorsitz dem Vicepräsidenten Ackermann, der erstmalig präsidirte. Seltnerweise fehlte Abg. Graf Moltke, der morgen zur Militärdebatte sicher kommt.

Berlin, 8. April. Im Reichstage wurden die Berichte der Reichsschuldenkommission der Rechnungskommission überwiesen. Es folgte die erste Berathung des Wuchergesetzentwurfs. Bei der schließlichen Abstimmung über die vom Grafen Wilhelm Bismarck beantragte Kommissionsberathung ergiebt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird deshalb abgebrochen. Morgen zweite Lesung der Militärnovelle.

Darmstadt, 7. April. Man spricht von einer gestern an den Großherzog gelangten Depesche aus Petersburg, nach welcher der Zar gestern, als er auf kurze Zeit seine mit dem Tode ringende Gemahlin verlassen wollte, von einer schweren Ohnmacht befallen wurde. Es verlautet, daß die projektirte Uebersiedelung des Kaisers Alexander nach Livadia aufgegeben sei, und daß, wenn die zu gewärtigende Katastrophe in der kaiserlichen Familie eingetreten sein werde, der Zar für längere Zeit der Gast seines Schwagers, des Prinzen Alexander von Hessen, zu sein gedenke.

Wien, 8. April. Die Unterzeichnung der Eisenbahn-Concession zwischen Serbien und Oesterreich erfolgt morgen.

Paris, 8. April. Das „Journal des Débats" schreibt, Frankreich habe sich sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch im Innern hinlänglich erholt, um an dem gemeinsamen Civilisationswerk der europäischen Nationen wieder theilnehmen zu können. Das Blatt fordert Frankreich auf, in Afrika, Asien und Australien fruchtbare Gebietstheile, welche noch vakant seien, zu besetzen, da dieselben eines Tages von hervorragender Wichtigkeit sein könnten.

London, 8. April. Den „Daily News" wird aus Rangoon vom 7. d. M. gemeldet, mehrere chinesische Kaufleute hätten die Nachricht erhalten, daß Thibo an den Blattern gestorben sei und man den Ausbruch eines Bürgerkrieges befürchte.

London, 8. April. Die Liberalen gewannen in den Grafschaften Donegal, Carmarthon und South-Leicester je 1 Sitz.

Locales und Sächsisches.

— Dem Oberstleutnant von Polenz im 6. Infanterie-Regiment 105 ist die Ernennung zum Ehrenritter des kgl. preuß. Johanniter-Ordens und das diesbezügliche Abzeichen geworden. — Der königl. Hofmundbäcker Adam ist auf sein Ansuchen von Sr. Kgl. H. Prinzen Georg auch zum prinzlichen Hofmundbäcker ernannt worden.

— Der k. k. österreichisch-ungarische Botschafter Graf Beust erhält im Hotel de Saxe zahlreiche Besuche von seinen früheren Bekannten und Freunden. Graf Beust überrascht alle Welt durch Frische und Lebhaftigkeit. Die Jahre scheinen an ihm fast spurlos vorüber gegangen zu sein. Jedenfalls macht seine Erscheinung einen gesünderen Eindruck als die seines Schwiegersohnes, des Herrn Finanzministers v. Kónyerics, dessen Gesundheit unausgesetzte nächtliche Arbeiten etwas alterirt zu haben scheinen.

— Die Tagesordnung zur vorgestrigen öffentlichen Stadtverordnetensitzung brachte zwar Vieles, aber nicht viel, was allgemeines Interesse erregen könnte. Der Vorsitzende, Adv. Emil Lehmann, gedachte zunächst in längerer Rede des heimgegangenen Bürgermeisters Dr. Hertel; die Mitglieder des Collegiums erhoben sich sämmtlich zum Zeichen der Hochachtung vor dem Todten von ihren Plätzen. Da die 6jährige Anstellungszeit des Herrn Stadtrath Hendel in einem halben Jahre ablaufen würde, so machte sich nach den einschlagenden Bestimmungen schon jetzt formell seine Wiederwahl nöthig, die, wie vorauszusehen war, denn auch erfolgte und nun für Lebenszeit gilt. Die Majorität, der er die Wiederwahl dankte, war nicht so zahlreich, als man hätte erwarten sollen; von 58 anwesenden Stadtverordneten hatten nicht weniger als 12 leere Zettel eingelegt, 3 hatten sich ganz unklar, einer sogar so ausgedrückt, daß der Vorsitzende Anstand nahm, den Wortlaut vorzulesen, 5 hatten ihre Stimmen auf die Herren Adv. E. Lehmann, Stadtrath Baumeister Richter, Dr. Minkwitz, Stadtrath Kretzschmar und sogar bis nach Hainichen, auf Bürgermeister Oehlschlägel geworfen, so daß nur 38 von 58 Zetteln deutlich: Stadtrath Hendel enthielten. — Hinsichtlich der Fußwegverbreiterung an der Nordwestseite der katholischen Hofkirche faßt das Collegium bei der bekannten, ihm im Februar gewordenen hinhaltenden Antwort keine Beruhigung, sondern beantragt erneut, der Stadtrath möge für Besserung des Wegübels sorgen, ja sogar thunlichst die Beseitigung der dicken steinernen Kegel veranlassen. Hoffentlich kommt das katholische Konsistorium den Wünschen des Publikums, die sich in diesem Antrage aussprechen, entgegen; denn, ohne die Straßenpflasterei sachlich studirt zu haben, kann Jeder sich an Ort und Stelle überzeugen, daß ein genügender Trottoirweg sehr leicht herzustellen ist, ohne das Niveau der jetzigen Platten zu erhöhen und einen unschönen Anblick der Kirche zu veranlassen, aber — von den dicken Kegel muß man sich trennen können. Nun, es wird schon werden. — Die Durchführung der Albrechtsstraße auf der Strecke zwischen der Pirnaischen- und Grunaerstraße in der fahrplanmäßigen Breite von 17 Meter wird als dringendes Ortsbedürfniß anerkannt. Was sich bis jetzt dieser Verbreiterung entgegensetzte, ist ein schmaler, zu gar nichts zu brauchender Arealstreifen auf der östlichen Seite der Straße, der Herrn Kammerherrn von Wuthenau gehört, welcher ihn nur deshalb in seinen Besitz gebracht hat, um die Verbauung der Aussicht seines dort gelegenen Grundstücks für immer zu hindern. Die Seitens des Rathes mit dem Herrn Kammerherrn gepflogenen Verhandlungen haben zu keinem erfreulichen Resultat führen können, denn, ehe der Herr Besitzer nur einen Preis zu bezeichnen sich herbeilassen wollte, sollte sich die Stadt für alle Zeiten verpflichten, die östliche Seite der Albrechtsstraße nur mit Villen zu bebauen und ihn bez. sein Grundstück von allen späteren Schleusenbaukosten zu entlasten. Der Vortrag dieser Forderung erregte Heiterkeit. Der Arealstreifen ist nun beamtlicherseits auf 4600 M. taxirt worden und diese Summe wird die Unterlage für die weiteren, gesetzlichen Vornahmen bilden. — Schließlich wird von mehreren Stadtverordneten der Antrag eingebracht: der Stadtrath möge den für die städtischen öffentlichen Elementarschulen für das Sommerhalbjahr neuerdings auf früh 7 Uhr festgesetzten Beginn des Unterrichts wieder aufheben, da die kleinen Kinder der unteren Klassen bei oft weitem Schulweg in der noch rauhen nebligen Morgenluft sich keinen Nutzen für die Gesundheit erholen könnten. Der Antrag fand Annahme und wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. St.-V. Schuldirector Heger begrüßte den Antrag mit Freuden und konstatirte, daß, obschon die Einrichtung erst seit Tagen bestehe, doch bereits zahlreiche Beschwerden von Eltern, Vormündern und selbst Aerzten eingelaufen seien.

— Die Verpflichtung der Obmänner der freiwilligen Armenpflege fand gestern Nachmittag im Stadtverordnetensaale statt.

— Unseren Lesern wird gewiß noch im Gedächtniß sein, welch trauriger Verfall sich vor 6—8 Wochen in der Landes-Irren-Anstalt zu Hochweitzschen abspielte, als der dortige dirigirende Oberarzt Dr. Huppert in Geistesstörung verfiel. Dieser unglückliche Mann, welcher sich vordem seinem Berufe mit der ganzen Aufopferung und Liebe hingab, ward bekanntlich in der Heilanstalt Sonnenstein untergebracht und dort hat ihn am vergangenen Sonnabend der Tod von seinen Leiden erlöst; er ist übrigens bei vollem Bewußtsein und in den Armen der Seinen gestorben.

— Die kgl. Amtshauptmannschaft Dresden hat für die Ortschaften ihres Verwaltungsbezirkes rechts der Elbe eine Hundesperre auf 12 Wochen angeordnet. Veranlassung dazu ist das Auftreten eines in Klotzsche getödteten fremden Hundes, bei dessen Sektion sich die Tollwuth definitiv ergeben hat.

— Während sich unsere städtische Wohlfahrtspolizei auf Hundesperren ꝛc. beschränkt, veröffentlicht die Berliner Polizei, die einschließlich der Wohlfahrtsabtheilung königlich ist, mittelst Verordnung die Kennzeichen der Hundswuth, welche durch langjährige Erfahrungen der dortigen königlichen Thierarzneischule sich herausgestellt haben (die kgl. Dresdner Amtshauptmannschaft hat bekanntlich s. Z. eine ähnliche Belehrung erlassen). Danach entsteht die Tollkrankheit in jeder Jahreszeit, bei jeder Temperatur und zwar entweder direkt durch unbekannte Ursache oder durch Anstecken mittelst Bisses von tollen Hunden. Hunde mit Wolfsklauen, Hündinnen und castrirte Hunde können auch durch Biß angesteckt werden. Kein toller Hund ist wasserscheu. Der Durst ist zwar gering, aber alle tollen Hunde lecken oder trinken Wasser, Milch ꝛc., einzelne sind sogar durchs Wasser geschwommen. Nur die tollen Hunde, deren Kaumuskeln so erschlafft sind, daß ihnen das Maul offen steht, lassen etwas Speichel oder Schleim (nicht Schaum) aus dem Maule fließen. Unrichtig ist endlich, daß tolle Hunde eingezogenen Schwanzes stets geradeaus laufen. Wirkliche Merkmale der Hundswuth sind: a) Die Hunde zeigen zuerst eine Veränderung in ihrem gewohnten Benehmen, indem manche von ihnen mehr still, traurig oder verdrießlich werden, mehr als sonst sich in dunkle Orte legen; andere dagegen sich mehr unruhig, reizbar und zum Beißen oder Fortlaufen geneigt zeigen. b) Viele wuthkranke Hunde verlassen in den ersten Tagen der Krankheit das Haus ihres Herrn und laufen mehr oder weniger weit davon, sie kehren aber dann, wenn sie nicht hieran gehindert werden, nach etwa 24 bis 48 Stunden wieder zurück. c) Die meisten dieser Hunde verlieren schon in den ersten 2 Tagen der Krankheit den Appetit zu dem gewöhnlichen Futter, aber sie verschlucken von Zeit zu Zeit andere Dinge, welche nicht als Nahrung dienen, wie z. B. Erde, Torf,